

Das Verhältnis von Kirche und Staat im Staatskirchenrecht

Quellen: von Campenhausen, Art. Staatskirchenrecht (RGG⁴); Skript Klostermann

Als Staatskirchenrecht bezeichnet man die Rechtsnormen, durch die das Verhältnis von Staat und Kirche geregelt wird. Dagegen ordnet die Kirche im **Kirchenrecht** ihre Angelegenheiten selbst.

2. Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland

Die **drei Säulen** des staatskirchlichen Systems sind: (1) Religionsfreiheit, (2) Trennung von Staat und Kirche und (3) Selbstbestimmungsrecht.

Bis 1918 bestand die Staatskirche. In der Weimarer Reichsverfassung ist sie abgeschafft (137,1 WRV = Art. 140 GG). Die Religionsgemeinschaften sind „Körperschaften des öffentlichen Rechts“ (Art. 137,5 WRV). Es gibt keine strikte Trennung wie in den USA (strikte, aber freundliche Trennung), Frankreich (laizistische Trennung) oder totalitären Staaten (Kirchenverfolgung), sondern eine „**hinkende Trennung**“ (Stutz).

3. Rechtsquellen

Die verfassungsrechtlichen Grundlagen finden sich in den aus der WRV in das **Grundgesetz** übernommenen Bestimmungen: Art. 140 GG = Art. 137-139.141 WRV.

Weitere Grundlagen finden sich in den **Verfassungen der Bundesländer** und den in der Regel zwischen Landeskirchen bzw. katholischer Kirche und zuständigen Bundesländern geschlossenen **Staatskirchenverträgen** bzw. Konkordate, die v.a. das Schul- und Hochschulwesen betreffen.

Die Religionsfreiheit Art. 4 GG ≈ Art. 136 WRV wird auch durch Art. 9 der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarats (EMRK) gewährleistet.

4. Verfassungsrechtliche Grundsatzentscheidungen

⇒ Das **Neutralitätsgebot** regelt das Prinzip der weltanschaulichen Neutralität, d.h. der Staat darf sich nicht mit einer bestimmten Religion oder Weltanschauung identifizieren.

⇒ Das **Paritätsgebot** fordert die Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

⇒ Das **Toleranzgebot** fordert die Toleranz gegenüber allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

⇒ Die „**hinkende Trennung**“: Kirchen sind wie Parteien, Gewerkschaften, Verbände, etc. vom Staat zu fördernde Kooperationspartner der Gesellschaft und des Staates, denn: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“ (Böckenförde-Theorem).

⇒ Der Staat behält in „res mixtae“, an denen beide Partner beteiligt sind (Friedhof, Ehe, Schule, Denkmalpflege), einen bestimmenden Platz (vgl. Art 7,3 GG).

5. Die allgemeine Religionsfreiheit nach Art. 4 GG vgl. Art. 9 EMRK

Nach Art. 4,1 GG ist die **Freiheit des Glaubens**, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses unverletzlich. Abs. 2 fügt dem explizit die ungestörte **Religionsausübung** hinzu. Abs. 3 regelt das Recht zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

Die Religionsfreiheit wird negativ („nichts glauben zu müssen“) und positiv verstanden. Letzteres beinhaltet die Freiheit des Einzelnen und der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft den Glauben in einem extensiven Sinne auszuüben. Ihre Grenzen findet die Religionsfreiheit nur in der Wertordnung des GG.

6. Der Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 GG ⇒ s. „Pädagogik 5-2“

7. Die theologischen Fakultäten an staatlichen Hochschulen

Die Pflege der Theologie an staatlichen Universitäten ist nicht nur aus historischen Gründen eine Aufgabe des modernen, freiheitlichen Kulturstaates. In den Staatskirchenverträgen wird neben der Frage der Bestandssicherung auch die Mitwirkung der Kirchen an der Besetzung theologischer Lehrstühle geregelt.

8. Verfassungsrechtliche Garantien nach Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 WRV

⇒ Das **Selbstbestimmungsrecht der Kirchen** (Art. 137, 3-5 WRV) beinhaltet die Dienstherrenfähigkeit, die Organisationsgewalt, das Parochialrecht, die Befugnis zur Rechtsetzung, Widmung kirchlicher Sachen („res sacrae“) und nach Art. 137, 6 WRV das Recht zur Erhebung von Kirchensteuern (⇒s. Skript).

⇒ Nach Art. 138, 1 WRV sind die im Zuge der Säkularisation 1803 entstandenen Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften durch Landesgesetze abzulösen. Stattdessen hat sich der Staat zu **pauschalen Staatsleistungen** wie z.B. das „linksrheinische Pfarrergehalt“ verpflichtet.

⇒ Nach Art. 139 WRV bleiben der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage als **Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung** geschützt. Zwei Ausnahmen sind zulässig: (1) Arbeiten, die zur Wahrung gleichwertiger Rechtsgüter notwendig sind (z.B. Krankenhäuser) und Arbeiten, die der Arbeitsruhe und seelischen Erhebung tendenziell dienen (Dienstleistungsgewerbe, Sonntagsdienst von Pfarrer/innen).

⇒ Die **Anstaltsseelsorge** wird durch Art. 141 WRV garantiert. Damit wird die Ausübung der Rechte aus Art. 4 GG unter den Bedingungen der staatlichen Einrichtungen (Heer, Strafanstalten, etc.) sichergestellt.